

SICHERHEIT 2030. EINE EXPERTENSTUDIE ZU ÜBERWACHUNG, PRIVATISIERUNG, TECHNOLOGIEN UND RISIKOBEWUSSTSEIN IN DEUTSCHLAND

FRAGESTELLUNGEN UND ZIELSETZUNG DER STUDIE

Wie wird Sicherheit zukünftig das Leben in Deutschland beeinflussen? Die Expert_innenstudie Sicherheit 2030 arbeitet die zentralen Herausforderungen und Handlungsfelder heraus, die die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit in Deutschland zukünftig prägen werden. Besonders hinsichtlich der Themenfelder Überwachung, Folgen des Einsatzes von Sicherheitstechnologie, Privatisierung von Sicherheit, Beschaffenheit des Risikobewusstseins und Umgang mit Unsicherheit in der Bevölkerung zeigen sich Differenzen zwischen wünschenswerten und wahrscheinlichen Entwicklungen (Tabelle 1).

SICHERHEIT IN DEUTSCHLAND 2030

Hohe Eintrittswahrscheinlichkeit, geringe Erwünschtheit	Hohe Erwünschtheit, geringe Eintrittswahrscheinlichkeit
Sicherheitstechnologien produzieren neue Vulnerabilitäten, weil sie vor der Markteinführung nicht umfassend getestet wurden.	Die deutsche Bevölkerung ist sich potenziellen Bedrohungen und Risiken bewusst und ist imstande, sich darauf adäquat vorzubereiten.
Aus Sicherheitserwägungen wird sich Überwachung auf den gesamten öffentlichen Raum ausweiten und auch die elektronische Kommunikation aller Bürger_innen erfassen.	Der Staat garantiert Sicherheit dort, wo es in seiner Macht liegt, z. B. indem das Finanzsystem oder der Rückgriff auf Atomenergie stärker reguliert wird.
Die Privatisierung der Sicherheit wird anhalten und zunehmend private Sicherheitsakteure generieren, welche zudem mehr polizeiliche Aufgaben übernehmen.	Unsicherheit wird als Bestandteil des menschlichen Lebens grundsätzlich akzeptiert.

Tabelle1: Handlungsfelder im Hinblick auf die Sicherheit in Deutschland im Jahr 2030

Ausgehend von der Beobachtung, dass wahrscheinliche, aber unerwünschte Entwicklungen sich eher auf technische und ökonomische Faktoren beziehen, während unwahrscheinliche, aber erwünschte Prozesse zumeist soziale und politische Aspekte beinhalten, wirft die Studie die Frage auf, inwieweit sicherheitskulturelle Weichenstellungen die von den Expert_innen antizipierten Entwicklungen positiv beeinflussen können. Sicherheitskultur wird hierbei als Ausdruck von Überzeugungen, Werten und Praktiken operationalisiert (siehe Daase 2010), die sowohl auf gesellschaftlicher Ebene als auch im politischen Raum die Richtung für sicherheitsrelevante Entscheidungen und Steuerungsversuche bis zum Jahr 2030 strukturieren.

ZENTRALE ERGEBNISSE

Die Übersichtsmatrix (Abbildung 1) zeigt die Verteilung der einzelnen Antworten der Expert_innen anhand der Dimensionen Wahrscheinlichkeit des Eintretens und Erwünschtheit des Eintretens. Von besonderer Relevanz sind diejenigen Aspekte, in denen sich eine besonders große Diskrepanz zwischen Erwünschtheit und Wahrscheinlichkeit in der Einschätzung der Expert_innen zeigt (Quadranten I und III), da sich hieraus ein Gestaltungsbedarf ableiten lässt. Die Ergebnisse des Expert_innen-Delphis deuten darauf hin, dass für bestimmte sicherheitsbezogene Entwicklungslinien Handlungsbedarfe bestehen. Vom Standpunkt eines Gestaltungsansatzes gegenüber zukünftigen Entwicklungen, sollten die in Tabelle 1 aufgeführten Diskrepanzen in Form von transdisziplinären Aushandlungsprozessen adressiert werden. Diskursive Aushandlungsprozesse sollten dabei unbedingt auch zivilgesellschaftliche Akteure miteinbeziehen, da nur auf diese Weise eine sicherheitskulturelle Entwicklung gewährleistet werden kann, die alle Interessenlagen strukturiert, miteinander in Beziehung setzt und ein Verständnis für die dahinterliegenden Werte und Normen ermöglicht.

Die Ergebnisse der Studie Sicherheit 2030 liefern konkrete Handlungsfelder, für die ein solcher Aushandlungsprozess notwendig erscheint:

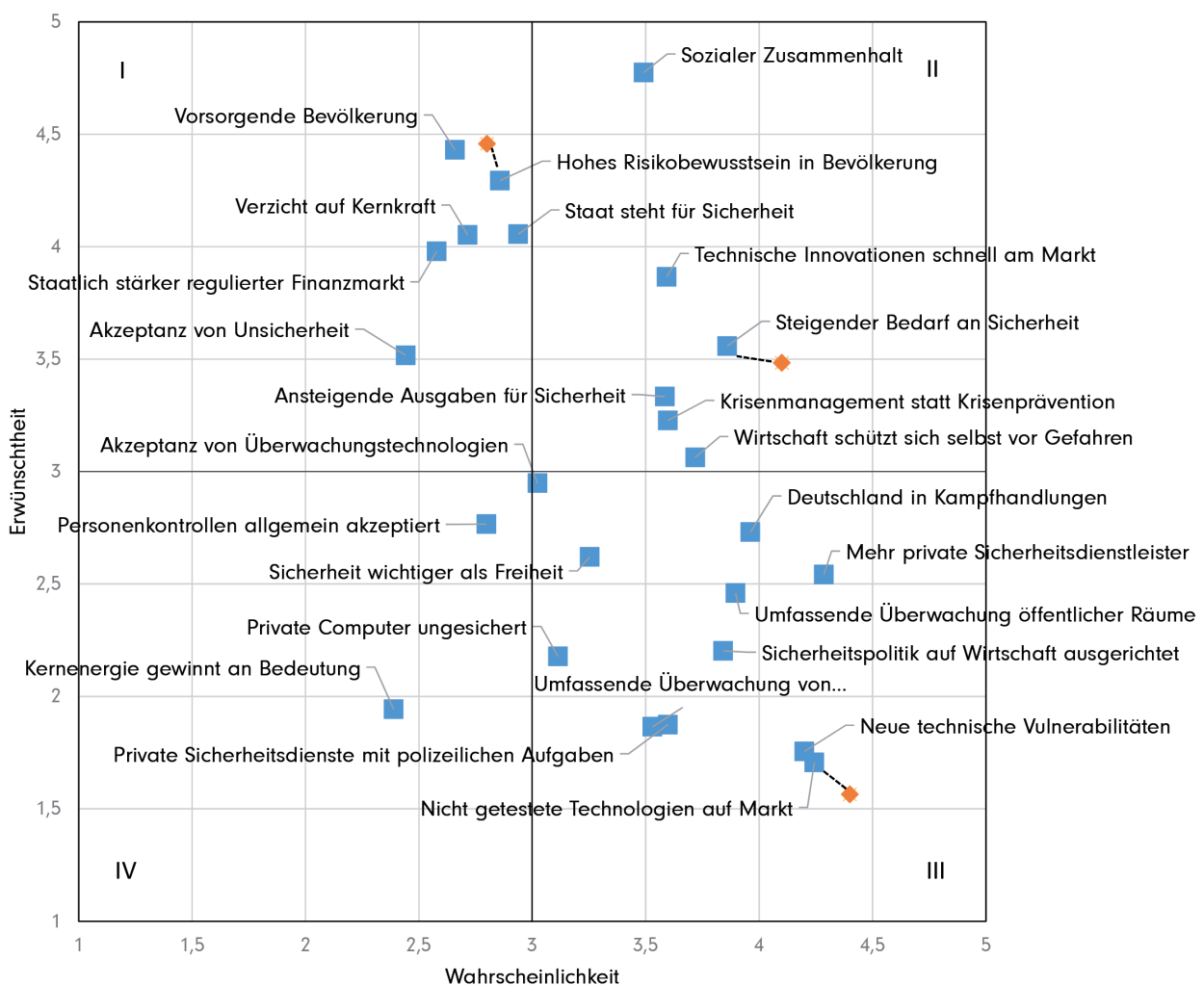


Abbildung 1: Matrix Wahrscheinlichkeit/Erwünschtheit Sicherheit 2030

Wahrscheinlichkeit: 1 = sehr gering; 5 = sehr hoch; Erwünschtheit: 1 = sehr gering; 5 = sehr hoch

ERWÜNSCHTE, ABER UNWAHRSCHEINLICHE ENTWICKLUNGEN (QUADRANT I, ABB. 1)

1. Eigenverantwortliches Handeln und die Fähigkeit im Katastrophenfall für sich selbst zu sorgen, sollte in der Bevölkerung zunehmen. Zweifel an der Wahrscheinlichkeit des Eintretens dieser Entwicklung bestehen zum einen insbesondere in einer mangelnden Wahrnehmung der Relevanz des Themas Vorsorge. Zum anderen erschwert die zunehmende Komplexität und Verschränkung von Risiken und Abhängigkeiten von Infrastrukturen das Verständnis für einen möglichen Ausfall dieser.
2. Der Staat soll Sicherheit dort garantieren, wo er kann – etwa mit Blick auf die Regulierung der Finanzmärkte oder im Bereich der Atomenergie. Allerdings herrscht bei den Expert_innen kein Konsens über Maß und Modus der Regulierung (z. B. national oder transnational). Auch die Rolle des Staates als Sicherheitsgewährleister durch rechtliche Prinzipien wird hinterfragt, da alternative Möglichkeiten der Sicherheitsgenerierung mitgedacht werden müssen.
3. Unsicherheit sollte als elementarer Bestandteil menschlichen Lebens akzeptiert werden. Dieses Statement deutet auf die Unmöglichkeit des Versuchs hin, absolute Sicherheit zu gewährleisten. Zudem werden die Kosten von Sicherheitsmaßnahmen und -technologien und die damit verbundenen Implikationen auf der ethischen und sozialen Ebene (z. B. die Beschneidung von Freiheitsrechten) als Argumente angeführt.

WAHRSCHEINLICHE, ABER NICHT WÜNSCHENSWERTE ENTWICKLUNGEN (QUADRANT III, ABB. 1)

1. Neue Sicherheitstechnologien, die vor der Markteinführung nicht umfassend getestet wurden, produzieren neue Vulnerabilitäten. Dies ist zum einen den Entwicklungszyklen und den Marktmechanismen „Wettbewerb“ und „Schnelligkeit“ geschuldet, zum anderen ist es zugleich der Entwicklung von Technologien inhärent, da Fehlfunktionen nicht immer innerhalb von Testläufen unter Laborbedingungen antizipiert werden können.
2. Eine Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen im öffentlichen Raum sowie die Überwachung von Telefon- und Internetverbindungen sind wahrscheinlich. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in den bereits vorhandenen Technologien, der (Kosten-)effizienz und der vermeintlichen öffentlich wahrnehmbaren Wirkung gegenüber wachsenden Bedrohungen. Auf Seiten der Expert_innen wird jedoch ebenso angemerkt, dass es kaum hinreichende Belege für einen kausalen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Überwachung gibt.
3. Die Privatisierung von Sicherheit in Deutschland wird von den Expert_innen als anhaltender Zukunftstrend gesehen. Skepsis existiert hierbei etwa hinsichtlich der Ausweitung der rechtlichen Kompetenzen privater Sicherheitsakteure und inwieweit die Wettbewerbsdynamik zwischen den privatwirtschaftlichen Akteuren einen qualitativen Sicherheitsverlust induzieren könnte.

SAMPLE UND METHODISCHER ANSATZ

Die Studie Sicherheit 2030 wurde als Delphi-Befragung mit zwei Runden (N1=227, N2=126) realisiert und ausgewertet. Neben quantitativen Angaben erlaubten die Umfragen auch offene Kommentare, die tiefere Einblicke in die latenten Strukturen und Hintergründe der Expert_innenratings ermöglichten. Das Expert_innenpanel setzte sich aus insgesamt sechs Akteursgruppen zusammen (Abbildung 2), wobei Expert_innen aus dem Medienbereich aufgrund der zu geringen Fallzahl aus den weiterführenden Analysen ausgeschlossen wurden.

Die Delphi Studie, als etablierte Methode der Zukunftsforschung, eignet sich für fundierte Aussagen zu möglichen zukünftigen Entwicklungen. Im Falle von Sicherheit 2030 bewerteten die Teilnehmer_innen mögliche Entwicklungen hinsichtlich ihrer Wahrscheinlichkeit und Erwünschtheit und reflektierten diese im Anschluss kritisch. Explizit liegt diesem Foresight-Ansatz die Idee der Gestaltbarkeit möglicher Zukünfte zugrunde und verweist damit explizit auf den kontingenten Charakter von künftigen Entwicklungen.

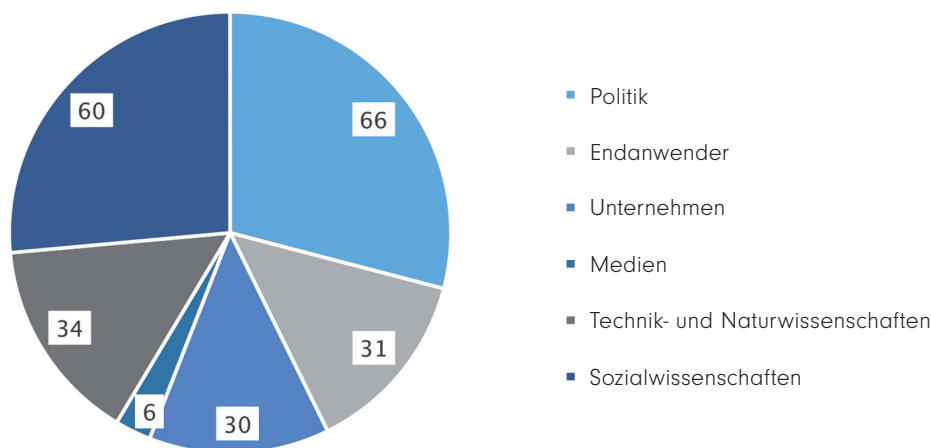


Abbildung 2: Samplezusammensetzung des Experten_innen-Delphis (Runde 1), N=227

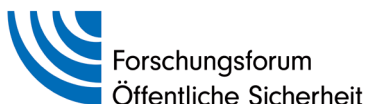
Die Studie wurde in folgenden wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht und kann hier nachgelesen werden:

Gerhold, L., Bartl. G. & Haake, N. (2017). Security Culture 2030. How security experts assess the future state of privatization, surveillance, security technologies and risk awareness in Germany. In *Futures. The journal of policy, planning and futures studies*. Volume 87, March 2017, Pages 50-64 • <http://dx.doi.org/10.1016/j.futures.2017.01.005>

Gerhold, L., Peperhove, R. (2017). Sicherheitsforschung 2030. Zeitschrift für Zukunftsforschung, 1, 18. (urn:nbn:de:0009-32-46314)

Gerhold, L. & Haake, N. (2015). Public Security in Germany 2030: Challenges for policy makers. In Palen, Büscher, Comes & Hughes (eds). *Proceedings of the ISCRAM 2015 Conference - Kristiansand, May 24-27*. • <http://iscram2015.uia.no/?p=1933>

Das 2009 an der Freien Universität Berlin gegründete Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (www.sicherheit-forschung.de) führt Forschung unterschiedlicher Disziplinen zu sicherheitsrelevanten Themen zusammen und trägt dazu bei, zukünftig relevante Forschungsthemen zu identifizieren. Hauptsächlich geschieht dies durch Workshops und Expertisen zu verschiedenen Facetten der Sicherheitsforschung. Ziel ist es, wissenschaftliche Handlungsempfehlungen aus diesem heterogenen Feld zu generieren und für Politik, Industrie, und Organisationen der Sicherheit zugänglich zu machen. Die Idee zu diesem Projekt entstand auf Anregung des am Bundestag gegründeten Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit e.V., dem Abgeordnete aller Parteien sowie Stakeholder aus Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft angehören.



Impressum: **Forschungsforum Öffentliche Sicherheit**
 Freie Universität Berlin
 Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10
 12165 Berlin

Tel: +49 - (0)30 - 838 573 67
 Fax: +49 - (0)30 - 838 4 573 67
www.schriftenreihe-sicherheit.de
kontakt@schriftenreihe-sicherheit.de